

# Wilsdruffer Tageblatt

## Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

### Amts- Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff

rentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis: Pfg. für die gespaltene Korrespondenz oder deren Räume. Zeitungspreis: Pfg. 10 Pf. alle mit Verzugszulage, 3. Zahl und telegraphischer Satz mit 50% Zuschlag. Bei Wiederholung und Jahreszeit entsprechender Nachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil ausser von Rechts: "die Spaltseite 60 Pf. bei Pfg. / Nachrichten- und Anzeigenabgabe 20 bis 30 Pf. / Telephonische Interessen-Aufgabe höchst jedoch Abnahmerecht auf. Empfangsanzeige bis 11 Uhr vormittags. / Telephonische das Täufchen mit. In die Postkasse Zuschlag. / Für das Erfordern der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewalt geübt. / Strafe Postverordnung 20 Pf. Zuschlag ohne Kosten. / Die Kaufmänn. und Dienstleist. haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Auslieferung, erneutste Anzeige versch. Zeiträumen bedingen die Berechnung des Verlust-Zuschlags. / Sofern nicht schon früher ausserlich oder Bildwiedergabe als Eröffnungszeit Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Aussicht der Zeitung, dass nicht der Empfänger innerhalb 8 Tagen, vom Aushangstage an, Widerspruch erhält.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preispreis bei Schlosserung von der Druckerei wöchentlich Pfg. monatlich Pfg. vierfachjährlich Pfg. noch jährlich zweitwöchentlich Pfg. vierfachjährlich Pfg. den deutlichen Poststellen vierfachjährlich Pfg. ohne Aufstellungsgebühr. Poststellen sowie untere Auswärter und Geschäftsstätte nehmen zweitwöchentlich Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder ähnlicher kriegerischer Erscheinungen der Bezirke der Behörden, der Untersuchungen über die Friedensverhandlungen — hat der Bevölker. keinen Widerspruch auf Verhängung einer Nachbestrafung der Zeitung oder auf Rücknahme des Beitragsabreises. Ferner hat der Interess. in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verpalpt in sehr ungünstiger Umfang oder nicht erreichbar. / Einzelne Ausgaben der Nummer 10 Pfg. / Zeitungen sind nicht verpflichtet zu verkaufen, sondern nur den Vertrag, die Schriftleitung oder die Herausgeber. / Ausgaben werden nicht überreicht. / Berliner Vertriebung: Berlin S. 18. 18.

für die Amthauptmannschaft Meißen, für das Forstamt sprechen: Amt Wilsdruff Nr. 6. sowie für das Forstamt

Nr. 121

Mittwoch den 28. Mai 1919

78. Jahrg.

## Elektrische Starkstromleitungen.

Die nachstehende Bekanntmachung wird in Erinnerung gebracht.

Amthauptmannschaft Meißen, am 23. Mai 1919.

Die unterzeichneten Amthauptmannschaften haben die Erfahrung machen müssen, daß das Verhalten des Publikums den Hochspannungsleitungen der Elektrizitätswerke gegenüber nicht allenfalls den Forderungen entspricht, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit und des ungefährlichen Betriebes der Leitungssysteme gestellt werden müssen.

Es sind Stroh- und Getreidefesteine in solch geringer Entfernung von Hochspannungsleitungen errichtet worden, daß sie im Falle einer Entzündung nicht nur die Leitung zerstören müssten, sondern daß sogar die an den Feinden arbeitenden Leute der Gefahr ausgesetzt waren, mit den Drähten in Berührung zu kommen.

Auch ist vorgekommen, daß die beim Obstschuppen beschäftigten Personen Stangen oder Leitern an die Hochspannungsleitungen gelegt haben, wodurch sie sich in Lebensgefahr begaben und außerdem erhebliche Störungen des Betriebes der Elektrizitätswerke hervorriefen.

Die Amthauptmannschaften ordnen daher folgendes an:

Es ist verboten

1. Stroh- und Getreidefesteine in einer Entfernung von weniger als 15 m von Hochspannungsleitungen zu errichten.

## Amtlicher Teil.

2. Stangen, Leitern oder andere Gegenstände an die Hochspannungsleitungen anzulegen.

Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht durch Gesetz oder Verordnung anderweitig härtere Strafen angedroht sind, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Döbeln, Großenhain, Meißen und Oschatz, am 14. Mai 1919.

Die Amthauptmannschaften.

Mittwoch den 28. d. M. vormittags von 10—1 Uhr

## Ausgabe der Zuckerkarten

im städtischen Verwaltungsgebäude — Zimmer Nr. 2.

Stadtrat Wilsdruff.

## Kesselsdorf.

### Zuckermarkenausgabe

erfolgt Mittwoch den 28. Mai vormittags 8—9 Uhr im Gemeindeamt.

Kesselsdorf, am 27. Mai 1919.

Der Gemeindevorstand.

## Des Grafen Brockdorff-Ranckau letzte Noten an den Verband.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Clemenceau bat in Versailles eine neue Note betr. die Westgrenze und das Saarbeden überreichen lassen.

Eine Note Ranckau wendet sich dagegen, daß Deutschland die ganze Schuld am Kriege ausgeladen wird.

Eine voreilige Gelehrtevorlage sieht die Wählbarkeit von Deputierten zu den Magistraten vor.

Mit der Einführung von acht Millionen Kilogramm Geflügel aus Holland ist begonnen worden.

Die österreichische Friedensdelegation erhält in einer Note Entente, endlich mit den Verhandlungen zu beginnen, da die Versöhnung unverständlich sei.

Die finnische Armee hat Peterhof, 25 Kilometer vor Petersburg, eingenommen.

### Das erste Zugeständnis.

Brotbrot und Weißbrot — das ist und bleibt die Wirkung, nach der wir von den Gebietern der Entente bis zum bitteren Ende behandelt werden sollen. Natürlich ist viel Weißbrot und eine ganz neutrale Ration Brotbrot. Ein böhmischer Ablehnung der deutschen Note über die Wirtschaftsfragen kommt man uns jetzt in der Frage des Saarbedens einen ganz geringfügigen Schritt entgegen: Der Rücklauf der jetzt an Frankreich abzutretenden Gruben nach 15 Jahren soll nicht nur gegen Zahlung in Gold, sondern auch gegen andere Bürden zulässig sein — das ist alles. Bleiben soll also die gewaltsame politische und wirtschaftliche Abtrennung dieses urdeutlichen Gebietes vom Reich, bleiben die unbedeutende Herrschaft der französischen Behörden für ein halbes Menschenalter, bleiben auch die Karikaturen einer Volksabstimmung nach 15 Jahren, während in der Zwischenzeit mit der grausamen Vertreibung alles dessen, was deutsch ist, und der systematischen Auflösung französischer Arbeiter und Beamten, der Abschaffung des deutschen Schulunterrichts, der Einführung französischer „Kultur“ mit allem, was dazu gehört, völlig unkontrolliert fortgesetzt werden kann. Die Herrschaften müssen schalten und wälzen, wie es ihren Interessen entspricht, und sie verstehen sich auf das Gewollt, das weiß man zur Genüge. Der Volksabstimmung, die danach kommen mag, können sie ohne Sorge entgegen — und insgesetzten Zugeständnisse, die sich auf den Fall eines ihnen ungünstigen Ergebnisses dieser Abstimmung beziehen, leichter Herzens machen. Zumal wenn es auch noch darum handelt, auf eine Bedingung zu verzichten, von der schon jetzt ferner erwähnt ist, daß sie von dem verarmten Deutschland niemals zu erfüllen sein würde. Um so billiger der Anschein der Großmut, mit dem man sich umhüllen kann. Fehlt nur noch, daß die Freunde freuen in unseren Reihen Herrn Clemenceau dafür gerübt um den Hals fallen. Wir sind gar nicht dazu in der Lage, das unsere ewig Unbelehrbaren ihre Arme schon

zu öffnen. Sie sollten ratsch noch einen Blick auf die Wahlen, ehe sie tun, was ihre Unbesonnenheit gemeinsam mit lassen kann. Dort hat eine Gruppe von ganzen Männern, nach kräftiger französischer Anleitung, sich für die Ausrufung einer selbständigen Republik ins Zeug gelegt, ein hochverräterisches Unternehmen, das mit voller Absicht den Staatsanwalt und die Landesbehörden angriff. Aber der französische Geschäftshaber

lehrt den Spieß einfach um: die Hochverräter wurden seines tapferen Schutzes teilhaftig, und die Landesbeamten, die gegen sie eingeschritten waren, abgesetzt, eingesperrt, über die Grenze geschoben — bis hinauf zum Regierungspräsidenten, und eine Proklamation des Generals Gérard ist der Bevölkerung noch ausdrücklich und zu wissen, daß er allen Befreiungen auf Selbstständigung einer pfälzischen Republik im Anschluß an Frankreich wohlwollendste Förderung angedeihen lassen, alle gegenständlichen Schritte aber unterdrücken werde. Eine krassere Verlegung aller Begriffe von Recht und Gesetz, als sie hier unternommen wird, ist schon gar nicht mehr denbar. Nicht lange ist es her, daß die gesamte Pfalz, ihre Abgeordneten, ihre lokalen selbstgewählten Vertreter, ihre politischen Parteien, die Führer von Industrie, Handel und Handwerk, des Weinbaus und der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Gewerkschaften und der Beamten- und Lehrerverbände einmütig erklärt hat, am gemeinsamen Vaterland auch in der Stunde der Not unlässlich festhalten zu wollen — tut nichts, die 21 Verträge, die sich in Landau zusammengefunden haben, wegen in französischen Augen schwerer als eine solche ganz unmöglichstliche Kumbgebung, und die Beamten werden sogar bereits aufgefordert, der neuen Regierung, die man zu bilden im Begriffe steht, den Treueid zu leisten. Da ist sogar Herr Erzberger der Gedankenfaden gerissen. Er hat Beteiligung in Spa die sofortige Abberufung des Generals Gérard zu fordern — freilich nicht unter Verurteilung auf Recht und Gesetz, auf Anstand und gute Sitte und auf die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages, die ja vorläufig noch nicht außer Kraft gestellt sind. Rein, er appelliert in erster Linie an die Grundzüge des künftigen Völkerbundes. Wir wollen sehen, ob das die rechte Art und Weise ist, mit solchen Stromrittern fertig zu werden, wie dieser Handlanger des Herrn Clemenceau offenbar einer ist — die Antwort auf diese deutsche Note wird jedenfalls ungemein lehrreich sein.

Auch die Leute, die durchaus eine westdeutsche Republik ins Leben rufen wollen, rüben sich wieder. In Lübeck und Magdeburg haben sie sich gleichfalls der Unterstützung der französischen Besatzungsbehörden zu erfreuen, und in Köln geben sie sich neuerdings den Antheim, gehoben zu werden, während in Wabern dort die Hauptansicht der Bevölkerung zu lachen sind. Das alles wollen wir nicht aus dem Auge lassen, wenn uns jetzt das erste Zugeständnis der Entente serviert wird. Das sind Gefahren, mit denen wir unmittelbar zu rechnen haben, während die Frage, ob wir die Saargruben, wenn sie uns heute von Frankreich geraubt werden, jemals wiederbekommen und ob wir sie gegebenenfalls in Gold oder anderen Werttiteln zurückzuführen haben, immer nur theoretische Bedeutung besitzen wird. Die Bedingungen von Versailles bleiben mit diesem „Zugeständnis“ genau so unannehmbar wie bisher.

### Unsere Westgrenze und das Saarbeden.

Clemenceaus fünfste Note!

Auf die beiden Noten des Grafen Brockdorff-Ranckau über unsere Westgrenze und das dem Saargebiet ange drohte Schicksal hat Clemenceau namens der Entente in einer Note geantwortet und sagt u. a.:

Ich bestreite feierlich im Namen der alliierten und assoziierten Staaten, daß im Friedensvertrag deutsche

Gebiete gleich Schädigungen zum Gegenstand eines Handels zwischen verschiedenen Souveränitäten gemacht werden. Tatsächlich werden die Wünsche der Bevölkerung der ländlichen Gebiete in Berücksichtigung gezoagt werden. Die Modalitäten dieser Volksbefragung wurden im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse mit Sorgfalt erwogen.

In den an Belgien abgetretenen Gebieten ist der öffentlichen Meinung jede Freiheit gewährleistet, um sich binnen einer Stunde von sechs Monaten auszusprechen. Die einzige Ausnahme wird gemacht für den Teil von Brechbach-Moresnet, der sich weils der Strafe von Lüttich nach Aachen hinsieht, dessen Bevölkerung weniger als 500 Einwohner umfaßt und dessen Waldbestand an Belgien abgetreten wird als Teil der Wiedergutmachung für die von Deutschland in Belgien vorgenommenen Verhüllung von Waldgebäuden. In Bezug auf Schleswig ist zu bemerken, daß die Bevölkerung sich auf Wunsch der dänischen Regierung und deren Bevölkerung mit der Angelegenheit beschäftigt. Die vollständige Übergabe der in der Nähe der französischen Grenze liegenden Gruben ist die einfachste Entschädigung für die in Frankreich verübten Vergewaltigungen.

Gewisse Stellen in ihrem Briefe scheinen eine gewisse Unzufriedenheit der Auslegung unserer Artikel zu verraten. Um die Höhe der Bahnung in Gold bei einem eventuellen Rückfall der Bergwerke im Saargebiet zu vermeiden, bedlossen die alliierten und assoziierten Regierungen, diese Bestimmung zu ändern. Sie schlagen vor, der Bestimmung folgende Fassung zu geben: Die Verpflichtung Deutschlands, seine Bahnung auszuführen, wird von der Entschädigungskommission in Erwägung gezogen werden. Deutschland kann eine Hypothek dafür geben, deren Höhe die Kommission bestimmen wird.

Das ist alles! Der einzige Unterschied ist der, daß wir nicht in Gold zu zahlen brauchen, was wir ja auch sowieso nicht gekonnt hätten.

### Die Schuldfrage!

Unser einziger Fehler.

Versailles, 28. Mai.

Graf Ranckau überreichte die 18. deutsche Note, die sich erneut mit der Schuldfrage beschäftigt. Darin gibt Deutschland zu, daß es die belgische Neutralität zu Unrecht verletzt habe, erklärt aber ausdrücklich, daß dieses seine einzige Schuld am Kriege sei.

Die ausführliche Note des Grafen Brockdorff-Ranckau betont u. a. folgendes: „Der Angriff durch Belgien auf Nordfrankreich war es, für den die deutsche Regierung Deutschlands Verantwortlichkeit zugab, nicht aber eine angebliche Schuld am Ausbruch des Krieges oder die unzweckmäßige Tatsache, daß die formelle Kriegserklärung von seiner Seite ausgegangen war. Die Bedeutung der Note des Staatssekretärs Lanzing lag für die deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht sich nicht auf die Wiederherstellung der Sachwerte beschränkte, sondern auf jeden Schaden ausgedehnt wurde, den die Bevölkerung durch die Kriegshandlungen zu Lande, zu Wasser oder von der Luft aus verhängt hatte. Das deutsche Volk hat die Einseitigkeit wohl empfunden, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auferlegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des deutschen Ostens versagte, die von den Truppen des russischen Zarismus nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan überfallen und vernichtet worden waren.“